

Umwelthilfe kritisiert Neubau-Wahn: Flächenfraß in Berlin stoppen!

Die Deutsche Umwelthilfe kritisiert die neue Baugesetzbuch-Novelle: Neubau-Wahn gefährdet Flächen und Natur.

Berlin (ots)

In einer wichtigen Sitzung hat das Bundeskabinett heute eine weitreichende Überarbeitung des Baugesetzbuches (BauGB) beschlossen, die unter Fachleuten und Umweltschützern für heftige Diskussionen sorgt. Im Fokus der Kritik steht der sogenannte „Bau-Turbo“-Paragraf 246e, dessen Geltungsdauer nun sogar verlängert wurde. Während die Bundesregierung mit diesem Schritt den Wohnungsbau ankurbeln möchte, erntet sie massiven Widerstand von der Deutschen Umwelthilfe (DUH).

Die DUH zeigt sich äußerst besorgt über die aktuelle Entwicklung und bezeichnet das Vorgehen der Regierung als nicht transparent und kurzsichtig. Die Bundesgeschäftsführerin der DUH, Barbara Metz, äußerte sich empört: „Der heutige Kabinettsbeschluss zur Baugesetzbuch-Novelle macht fassungslos. In letzter Minute wurde auf Druck von Bauministerin Geywitz und Kanzler Scholz der umstrittene Bau-Turbo-Paragraf in die Beschlussvorlage gemogelt.“

Massive Kritik an der Politik der Bundesregierung

Die Kritik seitens der DUH richtet sich nicht nur auf die intransparente Handhabung des Gesetzgebungsverfahrens,

sondern auch auf die grundsätzliche Ausrichtung der Baupolitik der Bundesregierung. Metz sagte weiter: „Die Bundesregierung gibt sich weiter ihrem Neubau-Wahn hin und nimmt dafür Flächenfraß und Naturzerstörung in Kauf.“ Diese Warnung und der Appell an die Parlamentarier, das Gesetz abzulehnen, basieren auf der Sorge, dass die Neuregelung nicht nur die Umwelt, sondern auch einen sozialen Wohnungsbau gefährden könnte.

Der Bau-Turbo ist als Maßnahme gedacht, um den Wohnungsbau voranzutreiben – insbesondere in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt. Allerdings befürchten Kritiker, dass diese Regelung zu einer Abkürzung bestehender Vorschriften führt, was in der Folge zu einer Überlastung öffentlicher Ressourcen und einer Zunahme von Bodenspekulation führen könnte. In diesem Kontext steht auch die Angst im Raum, dass demokratische Beteiligungsprozesse eingeschränkt werden könnten.

Die vorgebrachten Punkte der DUH rütteln an der Grundlage des Gesetzes, indem sie darauf hinweisen, dass der Ansatz der Bundesregierung, mit einem derartigen Gesetz den Wohnungsbau zu beschleunigen, nicht zielführend sein kann. Metz fordert daher ein Umdenken in der Bau-, Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik: „Wir fordern alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier auf, diese aus der Zeit gefallene Regelung abzulehnen.“

Hintergründe der Baustelle

Diese Novelle des BauGB repräsentiert nicht nur einen politischen Streitpunkt, sondern auch eine dünne Linie zwischen einem dringend benötigten Wohnungsbau und dem Schutz von Natur und Umwelt. Der neu eingeführte Paragraph 246e, der bis Ende 2027 gelten soll, ermöglicht weitreichende Abweichungen von bestehenden Vorschriften. Dies könnte, so die Kritiker, zu einer schnellen Genehmigung von Bauvorhaben führen, die langfristige negative Folgen für die Umwelt und Lebensqualität

der Anwohner haben könnten.

Die Debatte zeigt, wie komplex die Herausforderungen im Wohnungsbau sind. Während einerseits der Bedarf an Wohnraum immer drängender wird, gibt es andererseits ernsthafte Bedenken über die nachhaltige Entwicklung und die Erhaltung natürlicher Lebensräume. Die Tatsache, dass inmitten dieser Herausforderungen eine kontroverse Regelung und die Entscheidung der Bundesregierung auf Widerstand stößt, verdeutlicht, wie wichtig eine ausgewogene und verantwortungsvolle Herangehensweise an die Stadtentwicklung ist.

Die kommenden Wochen und Monate könnten entscheidend dafür sein, ob dieses Gesetz in Kraft tritt oder ob der Druck aus der Zivilgesellschaft zu einem Umdenken im Bundestag führt. Die DUH bleibt daher am Ball und verfolgt die Entwicklungen kritisch.

Details

Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)